

Protokoll:

Die antragstellende Fraktion begründet den Antrag. Bürgermeisterin Mohrs trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0010/2021).

Die Fraktion Die Linke bezweifelt, dass selbst bei erfolgreichen Verhandlungen mit der TAXI Koblenz e. G. wirklich das Ziel erreicht wird, welches der Antragsteller damit beabsichtigt hat.

Die CDU-Fraktion stellt den Änderungsantrag, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Landesregierung aufzufordern, nach dem Vorbild Baden-Württembergs unverzüglich in Verhandlung mit den Krankenkassen zu treten, um hier ebenfalls ein Impfshuttle einzurichten und dass die Stadt die Kosten für ein solches Impfshuttle übergangsweise übernehmen solle, gegen Erstattungszusage des Landes.

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und FDP lehnen den Antrag ab.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird zur Abstimmung gebracht und bei 23 Ja-Stimmen, 26 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt.